



In dem Maße, wie der innersyrische bewaffnete Konflikt seit März 2011 immer blutiger geworden ist, ließen sich auch immer schärfere Attacken gegen das syrisch-russische Verhältnis vernehmen. Bis dahin, dass verschiedene westliche Politiker, so insbesondere der USA, Frankreichs und Großbritanniens, Russland beschuldigten, erhebliche Mitverantwortung am Blutvergießen in Syrien zu tragen. Begründet in erster Linie damit, dass sich Russland – wie ebenso China – im UN-Sicherheitsrat der Annahme von Resolutionen gegen Syrien nach Kapitel VII der UN-Charta verweigerte, indem es wiederholt von seinem Veto-Recht Gebrauch machte.

Bevor nun auf die Haltung Russlands zum aktuellen Syrien-Konflikt eingegangen wird, soll jedoch erst einmal ein kurzer Abriss der historischen Genesis der syrisch-russischen Beziehungen vorangestellt werden. Weil vor allem so, die Hintergründe und Ursachen dieser heutigen Strittigkeit noch besser zu erhellen sind.

Historisch gewachsenes und durch globale Rivalitäten nachhaltig geprägtes Beziehungsgefüge

Das syrisch-russische Verhältnis ist – abgesehen von insgesamt gesehen wenigen Jahren der Unterbrechung – von auffälliger Kontinuität. Zumindest in zweierlei Hinsicht: Zum einen hat es sich bereits über mehr als ein halbes Jahrhundert entwickelt. Zum anderen ist es von Anfang an unmittelbar von globalen Rivalitäten und daraus resultierenden jeweiligen spezifischen Interessenlagen beeinflusst. Bis zum Ende des Ostblocks von der Ost-West-Konfrontation und der damit einhergehenden syrischen Ostblockanbindung. Danach von dem Ringen der USA um die Neuordnung der Welt unter ihrer Ägide einerseits und dem vorrangigen Bestreben Russlands nach Durchsetzung einer multipolaren Weltordnung – frei von westlich geprägten „Doppelstandards“ – andererseits. Während die USA danach trachten, ihr Projekt des „Neuen Nahen und Mittleren Os-

tens“ (1) – eben jener Region, die erklärtermaßen als ihre vitale Interessensphäre gilt – zu realisieren, sucht Russland dies mit zunehmender Vehemenz zu unterlaufen. Offenkundig scheint dabei für beide Seiten, wenn auch aus gegensätzlichen Motiven heraus, Syrien nunmehr jeweils eine Schlüsselstellung einzunehmen. Wobei gegenwärtig zusätzlich komplizierend hinzukommt, dass sich dieser globale Wettstreit in hohem Maße noch mit rivalisierenden Ambitionen aufstrebender Regionalmächte – Iran, Türkei, Saudi-Arabien – paart, die offenkundig ihrerseits dieses Land gleichfalls zu deren Austragungsort erkoren haben. Die zum Bürgerkrieg ausgeferten bewaffneten innersyrischen Auseinandersetzungen folglich zu einer Art Stellvertreterkrieg um die Vormacht in der Region mutiert sind, für den nun wahrlich nicht mehr allein und in erster Linie das Baath-Regime verantwortlich zu machen ist. Es sei denn, den Betreffenden geht es einzig darum, dort weiterhin Gewalt zu schüren, in der Hoffnung durch möglichst chaotische Zustände den eigenen Interessen am ehesten in die Hände zu spielen.

***Ursprünge der Beziehungen auf der Basis betont
antiimperialistischer Gemeinsamkeiten***

Da Russland als Rechtsnachfolgestaat der früheren Sowjetunion fungiert, sind auch die Anfänge der syrisch-russischen Beziehungen bereits auf die 1950er Jahre zu datieren. Besteht diese syrisch-russische Relation im Prinzip also schon seit dem Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit Syriens (2) und ist sie seither – ungeachtet einiger zeitweiliger Modifikationen – ein Grundpfeiler der syrischen Außenpolitik.

1 Diese Idee von der Schaffung eines „Neuen Nahen und Mittleren Ostens“ war 2006 von der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice während des israelischen Libanon-Krieges ins Spiel gebracht worden anstelle des bis dato von den USA postulierten Projekts eines „Greater Middle East“.

2 Als Beginn der politischen Unabhängigkeit Syriens gilt der 17. April 1946 – der Tag, an dem die letzten ausländischen, sprich französischen und britischen, Truppen das Land verlassen haben.

Diese Hinwendung zur Sowjetunion war insofern als nahezu zwangsläufig anzusehen, als Moskau damals doch im Verständnis ebenfalls vieler anderer im Ergebnis des zweiten Weltkrieges politisch selbständig gewordener Staaten als eine Stütze bei der Verteidigung der endlich errungenen Eigenständigkeit galt. Aber nicht zuletzt auch als ein Ansprechpartner für die dringend benötigte Hilfe beim wirtschaftlichen Aufbau, einschließlich der Qualifizierung entsprechender Kader. Zudem war sie keine Kolonialmacht gewesen, wie Frankreich und Großbritannien, die bekanntlich nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Ergebnis des ersten Weltkrieges die nahöstliche Geografie zugunsten eigener Interessen willkürlich neu gestalteten. Und zwar auf der Basis des zwischen ihnen beiden 1916 ausgehandelten Sykes-Picot-Abkommens, dessen Folgen in der Nahostregion bis heute spürbar und nachhaltig Streit fördernd sind. (3)

Den Auftakt für die nachfolgende nahezu beständige Fortentwicklung der syrisch-russischen Beziehungen hatten übrigens erste Handelsgespräche über einen möglichen Austausch von syrischen landwirtschaftlichen Produkten gegen Maschinen und Rohstoffe im Jahre 1950 gebildet. Dem danach ein durchaus reger Delegationsaustausch, darunter 1956 der Staatsbesuch des damaligen syrischen Präsidenten Schukri al-Quwwatli in Moskau folgte. Eine Zäsur dabei markierte dann zweifellos der im Oktober 1957 abgeschlossene sowjetisch-syrische Vertrag über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von 12 Jahren. Dabei handelte es sich zugleich um das erste von sowjetischer Seite mit einem arabischen Land vereinbarte Kredithilfeabkommen, welches Syrien ermöglichte, eine ganze Reihe staatlicher Projekte in Angriff zu nehmen (4). Des-

3 Beispielsweise war und ist es für Syrien nur schwer zu akzeptieren, dass Libanon auf der Grundlage dieses Abkommens von ihm abgetrennt und zu einem selbständigen Staat deklariert worden ist.

4 Darunter beispielsweise die Errichtung von Kraftwerken, Bewässerungsanlagen, Düngemittelfabriken oder auch der Eisenbahnlinie zwischen der so genannten Jazeera (Insel), dem nordöstlichen Zipfel Syriens, bis nach Latakia.

sen Vereinbarung aus damaliger geopolitischer Sicht als noch umso gravierender anzusehen war, als diese nämlich konträr zu den US-amerikanischen Intentionen stand. Immerhin hatte einige Monate zuvor der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower im Kongress seine Doktrin bestätigen lassen, wonach die USA den Staaten des Nahen Ostens ihren Schutz gegen eventuelle kommunistische Aggressionen, sprich einen weiteren Vormarsch des sowjetischen Einflusses in der Nahostregion, aufzudrängen suchten. (5)

Dass diese sich bereits in den 1950er Jahren abzeichnende Verquickung Syriens mit der sich auf globaler Ebene vollziehenden Rivalität zwischen den damaligen beiden Supermächten nicht nur während der ganzen Periode des kalten Krieges anhielt, sondern nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gewissermaßen noch eine Neuauflage erfahren hat, lässt sich nur vollständig im Kontext mit der jeweiligen US-amerikanischen Politik hinlänglich erfassen.

Während die Politik Moskaus gegenüber der Nah- und Mittelostregion den bislang in Syrien herrschenden politischen Kräften eher entgegenkam und deren eigenen Interessen mehr entsprach, liefen ihnen hingegen die dortigen Bestrebungen der USA im großen und ganzen zuwider. Ein wesentlicher Aspekt dabei war und ist neben den syrischen Belangen zweifellos das ungelöste Israel-Palästina-Problem. Gerade wegen der uneingeschränkten US-Unterstützung für Israel - darunter der über die

5 Diese Doktrin war ein Reflex auf das politische Engagement der Sowjetunion und anderer Staaten des Ost-Blocks zur Unterstützung Ägyptens gegen die Folgen der so genannten Suez-Krise. Bekanntlich hatten Frankreich, Großbritannien und Israel Ägypten 1956 militärisch angegriffen - oft auch als Dreier-Aggression bezeichnet -, um die von Gamal Abdel Nasser verfügte Verstaatlichung des Suez-Kanals wieder rückgängig zu machen. Und dass die USA tatsächlich zur Umsetzung dieser Doktrin entschlossen waren, belegen damalige vielfältige Aktivitäten. Von der Entsendung der 6. US-Flotte ins östliche Mittelmeer bis hin zur Anlandung im Juli 1958 von 10.000 amerikanischen Marineinfanteristen südlich von Beirut, um so den von der libanesischen Nationalbewegung angestrebten Sturz des prowestlichen Präsidenten Camille Chamoun zu verhindern.

Jahrzehnte anhaltende Gebrauch des Veto-Rechts selbst bei völkerrechtswidrigen Akten, wie der israelischen Siedlungspolitik - sah sich die syrische Führungselite noch zusätzlich veranlasst, sich von Washington ab- und stattdessen immer wieder auch demonstrativ Moskau zuzuwenden.

Seit den frühen 1960er Jahren nunmehr schon wird syrischerseits die Kooperation zwischen Damaskus und Moskau von der bis heute regierenden Baath-Partei getragen. Wenngleich sie aktuell auch nicht mehr auf denselben Grundlagen wie zu Zeiten des kalten Krieges basiert. Waren doch damals neben den wirtschaftlichen und technischen Aspekten (6), - wenngleich in partiellen Abstufungen - auch gesellschaftspolitische Gemeinsamkeiten stärker in den Mittelpunkt gerückt worden. Ungeachtet aller Differenz in den ideologischen Grundpositionen (7), aber anknüpfend an die von den Baathisten seinerzeit deklarierte sozialistische Zielstellung (8), die diese mit entsprechenden so-

6 Als ein herausragendes Symbol dabei galt lange Zeit, vor allem wegen dessen wirtschaftlicher Dimension für Syrien, die 1966 vereinbarte Errichtung des Euphrat-Staudammes. Dieser dann 1973 fertig gestellte hydroenergetische Komplex gehört zu einem der 25 größten Staudämme in der Welt. Neben etwa 12.000 syrischen Arbeitskräften waren rund 900 russische Techniker an seinem Bau beteiligt. Er deckt rund 60% des Energiebedarfs des Landes, stellt das wichtigste Trinkwasserreservoir Syriens dar und ist zudem noch von Bedeutung für das Fischereiwesen.

7 Als eine Spielart des arabischen Nationalismus verstand sich der Baathismus auch ideologisch als eine Konzeption „dritten Weges“, in ausdrücklicher Abgrenzung von westlichen Denkmodellen wie auch vom Marxismus-Leninismus, der vorherrschenden Ideologie der Länder des Realsozialismus bzw. früheren Ostblocks. Wie überhaupt der Schlüssel zum Verständnis des Baath-Regimes und seiner Politik im arabischen Nationalismus liegt. Nach Meinung des Begründers des Baathismus, Michel Aflaq, seien die Araber dazu berufen, basierend auf ihrer zivilisatorisch prägenden Historie, eine eigene Mission zu erfüllen und sei es ihnen nicht erlaubt „einer anderen Nation nachzutrotten und von deren Exkrementen (zu) leben“ (Michel Aflaq: Für die Sache des Baath, Beirut 1963, S. 195, arab.). Prägnant zusammengefasst in der Losung: „Eine einheitliche arabische Nation - Träger einer ewigen Sendung“. Woraus sich übrigens ja auch der Name von Ideologie und Partei - „al-Baath“ (arabisch die Wiedergeburt) herleitet.

8 Erklärtermaßen definierte sich die Partei als erste arabische Bewegung in der modernen Epoche, die der arabischen Revolution mit der Losung „Einheit - Freiheit - Sozialismus“ ein klares Ziel gegeben habe (Kurzgefasste historische Analyse des Kampfes der Arabischen Sozialistischen Baath-Partei von 1943 bis

zial-ökonomischen Umgestaltungen zu untermauern suchten. (9) Und was wiederum dem Ostblock als ein Beweis dafür diente, dass sich der Sozialismus weltweit im Vormarsch befände. Eine schon damals tragende, indessen aber bis heute durchgängig fortbestehende Säule stellt die Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet dar. Nicht zuletzt befördert durch die Niederlage der arabischen Armeen im Sechs-Tage-Krieg 1967. Sieht sich doch die syrische Führungselite angesichts der Besetzung und nachfolgenden Annexion der syrischen Golan-Höhen durch Israel im Ergebnis dieses Krieges mit ihrem südlichen Nachbarstaat nach wie vor im Kriegszustand (10). Ging es angesichts der fatalen Niederlage der arabischen Armeen zuerst einmal um den Ersatz zerstörten Kriegsgeräts, aber ebenso auch um eine Verbesserung der Schlagkraft. Deshalb kam neben den Waffenlieferungen auch der Ausbildung syrischer militärischer Kader eine Schwerpunktrolle zu. Von offensichtlich besonderem Stellwert war zudem der Einsatz sowjetischer Militärberater. Dieser wurde in den 1970er Jahren dann sogar zu einem Gradmesser der staatlichen politischen Ausrichtung. Während sich vergleichsweise Ägypten Anfang der 1970er Jahre unter der Präsidentschaft von Anwar al-Sadat von den unter Präsident Nasser ins Land geholten sowjetischen Militärexperten spektakulär getrennt und damit auch die politische Hinwendung Ägyptens zu den USA dokumentierte, verweigerte sich dagegen Syrien unter dem Baath-Regime einem solchen, von

1971, Damaskus 1972, S. 6, arab.) Die Bezeichnung Arabische Sozialistische Baath-Partei, oder als Akronym ASBP, ist eigentlich der offizielle Parteiname seit den 1950er Jahren.

9 Wie beispielsweise die Verstaatlichung ausländischen Kapitals und einheimischer Großbetriebe. Syrien war übrigens 1968 das erste arabische Land, das unter der Losung „Bitrul al-arab lil-arab“ (Das Erdöl der Araber den Arabern) sein Erdöl unter nationale Kontrolle stellte.

10 Mit diesem Kriegszustand wurde übrigens auch die Verhängung eines Ausnahmezustandes begründet, der erst im April 2011 im Zusammenhang mit der sich formierenden Protestbewegung per Präsidenten-Erlass wieder aufgehoben worden ist.

den USA in der Region hinlänglich zu befördern suchenden Schritt.

Dass es dann auch noch das 1979 vom damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter zwischen Israel und Ägypten vermittelte Camp David-Abkommen, welches nicht nur das Palästina-Problem völlig ausklammerte, sondern auch die Sowjetunion aus der Nahostregelung heraushalten sollte, strikt ablehnte, trug ihm schließlich einen vorderen Platz auf der im selben Jahr von den USA verabschiedeten Terrorstaatenliste ein. Firmiert es folglich schon seit 1979 im Verständnis der USA als ein Terrorstaat. (11) (Aktuell vor allem begründet wegen seiner politischen Allianz mit Iran und dessen libanesischem Ziehkind Hisbollah.)

Was damals nun aber wiederum den syrischen Präsidenten Hafez al-Assad dazu veranlasste, sich durch den Abschluss eines Freundschaftsvertrages noch enger an die Sowjetunion zu binden. Dieser am 8. Oktober 1980 vereinbarte und 15 Artikel umfassende „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Syrischen Arabischen Republik“ (12) sah beispielsweise in Artikel 6 vor, dass im Falle des Entstehens den Frieden oder die Sicherheit bedrohender Situationen „die Hohen Vertragschließenden Seiten unverzüglich miteinander in Kontakt treten, um ihre Positionen und die Zu-

11 Und keinesfalls zufällig unter der George W. Bush-Administration 2003 durch den vom US-Kongress angenommenen „Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Act“ erneut nachdrücklich bekräftigt.

12 Prawda, Moskau, vom 9. Oktober 1980 und in deutscher Übersetzung in Horizont, Berlin (1980) 43, S. 10 f. Nach Aussage des damaligen Generalsekretärs der KPdSU, L.I. Breshnew, sollte dieser Vertrag insbesondere auch der Verbesserung der Atmosphäre im Nahen Osten und der Herstellung eines wahren und gerechten Friedens in diesem Raum dienen. Vgl. dazu Neues Deutschland (B), 9. Oktober 1980.

Grundsätzlich konzipiert war er für 20 Jahre; ergänzt durch die Klausel: „Falls keine der Hohen Vertragschließenden Seiten sechs Monate vor Ablauf der angegebenen Frist ihren Wunsch äußert, den Vertrag zu kündigen, bleibt er für jeweils weitere fünf Jahre in Kraft, bis eine der Hohen Vertragschließenden Seiten sechs Monate vor Ablauf des laufenden Jahres in schriftlicher Form ihre Absicht erklärt, den Vertrag zu kündigen.“ (Artikel 14)

sammenarbeit für die Beseitigung der entstandenen Gefahr und die Wiederherstellung des Friedens zu koordinieren“. Ausdrücklich hervorgehoben war zudem gemäß Artikel 10 die beiderseitige Kooperation im militärischen Bereich.

Da der Vertrag laut offizieller Sprechererklärung des russischen Außenamtes vom 02. März 2012 bis heute in Kraft ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass er auch die Grundlage für die heutigen engen Beziehungen zwischen Syrien und Russland bildet. Wobei russischerseits allerdings ausdrücklich betont wird, dass es sich bei besagtem Artikel 6 lediglich um einen klassischen Mechanismus von Konsultationen handele; nicht aber darum, von russischer Seite militärischen Beistand zu leisten. (13) Also keinesfalls eine direkte militärische Einmischung Russlands in den innersyrischen Konflikt implizierte.

Fortbestehende gemeinsame Interessenlagen auch nach Ende des Ost-West-Konflikts

Zwar sind das Ende des Ostblocks und die Auflösung der Sowjetunion Ende der 1990er Jahre nicht gänzlich ohne Wirkungen auch auf die syrisch-russischen Beziehungen geblieben. Letztlich aber wurden sie dennoch davon nicht grundlegend erschüttert; vor allem, weil sich – insbesondere angesichts unveränderter prinzipieller Koordinaten im Beziehungsgefüge zwischen den USA und dem Baath-Regime – bestimmte gemeinsame Interessenlagen erneut verfestigten.

So war Baschar al-Assad anfänglich nach dem Antritt seiner Präsidentschaft im Gefolge des Todes seines Vaters im Sommer 2000 durchaus bestrebt gewesen, sich mehr in westliche Richtung zu orientieren. Nicht nur, dass er sich dem von der Bush-Administration 2001 ausgerufenen „War on Terror“ anzuschließen bereit zeigte. Vielmehr war er sichtlich um die Ver-

13 Antwort des offiziellen Sprechers des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, A.K. Lukatschewitsch auf eine Anfrage zu den russisch-syrischen Beziehungen. In: www.mid.ru/brp_4.nsf/newslines (russ.)

besserung der staatlichen Beziehungen zum Westen bemüht, indem er dessen Forderungen nach Liberalisierung der syrischen Wirtschaft wie nach einer demokratischen Öffnung des politischen Lebens durchaus zu entsprechen suchte. (14)

Sich dann aber im Zuge des völkerrechtswidrigen Krieges der USA gegen Irak 2003 und damit einhergehenden US-amerikanischen Planspielen mit Syrien als nächstem Kriegsziel sowie beständigen Vorwürfen aus Washington (15) offenkun-

14 So schien er nicht nur der Jugend, rund 60 Prozent der Bevölkerung, mit der Einführung der modernen sozialen Medien und Kommunikationsmittel ein Zeichen setzen zu wollen. Ebenso auch den Intellektuellen und anderen gebildeten Schichten, indem er sie dazu ermutigte, sich an öffentlichen Debatten über politische Reformen zu beteiligen. Überdies bildete er im Dezember 2001 sein „ererbtes“ Kabinett um zum Zwecke der Liberalisierung und Modernisierung der Wirtschaft. Ausländische Investitionen kamen ins Land, der Privatsektor erhielt mehr Freiheiten – selbst private Banken und eine Börse wurden gestattet. Bei den Anfang März 2003 durchgeführten Parlamentswahlen wurden außer der von der Baath-Partei gelenkten Liste der Nationalen Fortschrittlichen Front einige Parlamentarier anderer Parteien zugelassen. Was übrigens manche Experten etwas sehr oberflächlich mit seiner medizinischen Qualifizierung in London und seiner Heirat mit der in Großbritannien gebürtigen Syrerin Asma al-Akhras erklärten.

15 Insgesamt erregte das Baath-Regime den Unmut der Bush-Administration, weil es sich kritisch gegenüber dem von den USA angezettelten Krieg gegen Irak positionierte und diesen als völkerrechtswidrig verurteilte. Allein Ende 2003 erhöhten sich monatlich die Spannungen zwischen Syrien und den USA. So sah es sich im September einem starken Druck seitens den USA ausgesetzt, die Hamas und andere Palästinensergruppen aus dem Land zu vertreiben und die Hisbollah in die Schranken zu weisen. Auch wurde es beschuldigt, Kämpfern gegen das von den USA in Irak installierte neue Regime die Passage über die syrisch-irakische Grenze zu gestatten. Einen Monat später wurde von ihm gefordert, besser im „Kampf gegen den Terror“ zu kooperieren, weil es sich weigerte Guantanamo-Häftlinge bei sich aufzunehmen. Im November beschloss das US-Repräsentantenhaus die Verhängung ökonomischer und politischer Sanktionen.

In einem in vielerlei Hinsicht aussagekräftigen Interview mit The Wall Street Journal vom 31. Januar 2011 gibt Assad durchaus unverblümt zu erkennen, warum er sich US-amerikanischem Druck nicht zu fügen bereit ist (selbst, wenn er hierin gleichzeitig auch seine Ignoranz gegenüber dem in seinem Land herangereiften Veränderungsdruck offenbart). So weigere er sich, als „eine Puppe“ zu agieren; d.h., seine Allianz mit Iran und der Hisbollah in Libanon bloß deshalb aufzukündigen, weil diese den USA ein Dorn im Auge sei. Vielmehr hätten die USA und der Westen vielerlei Chancen gehabt, die diesbezügliche Lage zu verbessern. Beispielsweise hätten sie den 1991 mit der Madrider Konferenz eingeleiteten nahöstlichen Friedensprozess nicht scheitern lassen sollen. Oder auch auf den von

dig - unter Anknüpfung an vorhandene gemeinsame Interessenlagen - wieder auf die traditionellen Beziehungen zu Moskau rückbesann. Ausdruck und Ergebnis dessen war nicht zuletzt der offizielle Staatsbesuch von Baschar al-Assad im Sommer 2006 in Moskau.

Während also Russland mittlerweile für das Baath-Regime von nahezu schon überlebenswichtiger Bedeutung geworden ist, hat das von ihm regierte Syrien wiederum auch für Moskau einen durchaus beachtlichen Stellenwert.

Ist es aus mehrererlei Erwägungen an ihm interessiert:

Zum einen aus wirtschaftlichen Gründen. Nicht zufällig bejubelte beispielsweise Russlands Minister für regionale Entwicklung und Ko-Präsident der russisch-syrischen Regierungskommission für 2004 die Steigerung des bilateralen Handels um 60 % gegenüber dem Vorjahr. Und stellte er gleichzeitig wörtlich fest: „Wir betrachten Syrien als einen unserer wichtigsten Handels- und Wirtschaftspartner im Nahen Osten“. (16) Auch seien neue Kooperationsbeziehungen im Öl- und Gassektor, in der Energiewirtschaft, bei der Bewässerung und Neulanderschließung vereinbart worden. Vor allem aber steht Syrien mit an vorderster Stelle der Exportliste von russischer Waffentechnik und anderem Kriegsgerät. Wobei russische Verantwortliche Wert darauf legen zu betonen, dass es sich dabei im Wesentlichen um die Erfüllung alter Verträge handele. So habe das Land schon in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten nicht mehr zum Empfängerkreis von Kampfhubschraubern gehört (17). Auch verfüge es keinesfalls über Vorräte an chemischen Waffen aus russischer Produktion. (18)

Syrien während seiner nichtständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedschaft in den Jahren 2002 und 2003 eingebrachten Entwurf für die Schaffung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten positiv reagieren können, ihn jedoch aber aus Rücksicht auf israelische Interessen völlig ignoriert.

16 Siehe dazu RIANOVOSTI, Russisch-syrischer Handel nimmt zu, in <http://de.rian.ru/business/20050718/40925449.html>

17 Die letzten seien in den 1990er Jahren ausgeliefert worden, die heute jedoch nur

Zum anderen aus globalstrategischer Sicht. Von besonderer Bedeutung dabei ist zweifellos die mit dem Regime des jungen Assad erzielte Übereinkunft über die Erweiterung des 1971 noch von dessen Vater genehmigten Flottenstützpunktes in der syrischen Hafenstadt Tartus. (19) Gemäß Meldungen von Itar-Tass news agency von Mitte September 2008 beinhaltet diese Erweiterung in erster Linie die Ausbaggerung des Hafenbeckens und die Modernisierung der Anlegestelle zum Zwecke der Verfügbarkeit auch für Kreuzer bzw. Flugzeugträger. (20) Anscheinend als Äquivalent für diese Zustimmung zum Stützpunktausbau in Tartus sowie dessen Erweiterung durch die Errichtung einer zusätzlichen Fazilität in Latakia – sozusagen als Pachtgebühr – erließ Russland dann Syrien 2007 rund 70 % seiner Altschulden in einem Umfang von 13,4 Mrd. USD. Immerhin handelt es sich bei diesem Stützpunkt für Russland um den einzigen seiner Art im Mittelmeer. (21) Ganz zu schweigen von dessen für ihn günstiger geostrategischer Lage (22) und der

noch entweder repariert oder eventuell modernisiert würden.

- 18 Vgl. dazu die Verlautbarung des stellvertretenden Leiters der Föderalen Verwaltung für sichere Aufbewahrung und Vernichtung chemischer Waffen, Wladimir Mandjtsch, dokumentiert in http://de.rian.ru/security_and_military/20120821/264232492.html.
- 19 Ursprünglich hatte es sich bei diesem Flottenstützpunkt in Tartus über einen flächenmäßig vergleichsweise kleinen und von Kriegsschiffen, darunter U-Booten, nur zeitweilig angesteuerten Anlegeplatz gehandelt. War er im Wesentlichen als Versorgungs- und Reparaturbasis für die auch im Mittelmeer operierende Schwarzmeerflotte gedacht und dementsprechend gewartet durch eine zahlenmäßig zwischen 50 und 600 schwankende Crew russischer Marineangehöriger.
- 20 Gleichfalls mitgeteilt wurde, dass sich die jeweiligen Flottenverantwortlichen in Moskau getroffen hätten mit dem Ziel, das gegenseitige Vertrauensverhältnis und Verständnis zwischen den beiden Staaten weiter zu vertiefen.
- 21 Dessen Bedeutung nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit den russisch-ukrainischen Disharmonien in Bezug auf den russischen Schwarzmeer-Flottenstützpunkt Sewastopol, dessen Pachtvertrag erst einmal bis 2017 läuft, noch zusätzlich gewachsen ist.
- 22 Minimierung der Passagen durch den Bosporus, die gemäß dem Vertrag von Montreux 1936 für Kriegsschiffe streng geregelt sind und türkischer Kontrolle unterliegen; nur einige Hundert Kilometer Entfernung zur Einfahrt in den Suez-Kanal und einige Tage Fahrt bis Gibraltar und dem Operationsgebiet der russischen Flotte im Atlantischen Ozean; Möglichkeiten der elektronischen

Möglichkeit, das Mittelmeer nicht allein westlichen Staaten, vor allem den USA mit ihrer bekanntlich dort ständig operierenden und in ihrem Hauptquartier in Gaeta (Italien) stationierten 6. Flotte zu überlassen. Für die das Mittelmeer erklärtermaßen ein strategisches Aufmarschgebiet zur Absicherung ihrer Interessen in dieser Region und zur unmittelbaren Kontrolle über die hier befindlichen Meerengen (Gibraltar, Dardanellen, Bosporus, Suez-Kanal) darstellt.

Gemäß russischer Lesart sei es deshalb eben besser, wenn in dieser sicherheitspolitisch so sensiblen Region nicht allein NATO-Verbände Präsenz zeigten. Wengleich die russische Admiralität ihre eigene Marinepräsenz nicht mit dieser verglichen wissen will, weil sie nicht auf eine militärische Konfrontation ausgerichtet sei. (23) Aber nichtsdestoweniger dazu diene, um „Flagge zu zeigen“. (24)

Russlands Haltung zur Beilegung der aktuellen Syrien-Krise

Natürlich ist Russland auch in der aktuellen Krise bestrebt, seine Interessen in Syrien und mithin in der Nah- und Mittelostregion zu wahren. Warum sollte es sich aus seiner Sicht dies denn auch versagen wollen, wo doch gleichzeitig westliche Wettstreiter auf globaler Ebene ihre dortige eigene Agenda gleichfalls äußerst zielstrebig verfolgen.

Aufklärung über die Vorgänge in den Nahoststaaten. Letztes immer wieder auch von israelischer Seite beargwöhnt bis hin zu dem Vorwurf, damit Israels Sicherheitsinteressen zu tangieren.

23 Vgl. dazu Karin Leukefeld, Moskau entsendet Flugzeugträger vor Syriens Küste. Kein Stopp der Waffenlieferungen an Damaskus, in *junge welt*, Berlin, 30. November 2011.

24 Eben zu diesem Zweck wurde am 28. November 2011 in Moskau die Entsendung eines Flottenverbandes – bestehend aus drei Kriegsschiffen und angeführt vom Flugzeugträger „Admiral Kusnezow“ offiziell bekannt gegeben, der dann Anfang Januar 2012 in Tartus eingetroffen war und eine hochrangige syrische Militärdelegation an Bord empfangen hatte. Im August 2012 wiederum wurde von mehreren russischen Nachrichtenagenturen die Entsendung von drei Landungsbooten mit jeweils bis zu 120 Soldaten an Bord gemeldet.

Nichtsdestoweniger besteht dennoch für Russland aufgrund der bisherigen engen Verknüpfung mit dem Baath-Regime eine besondere Crux. Bis hin zu dem Risiko, unter Umständen dadurch selbst in die politische Isolierung zu geraten. Denn zum einen scheinen sich auch wesentliche Teile der friedlichen syrischen Opposition - trotz aller sonstigen Zerstrittenheit - darin einig zu sein, unbedingt eine Zukunft ohne Assad und dessen Baath-Regime anstreben zu wollen. Erst gar nicht zu reden von jenen militanten Abteilungen, die - wie die Freie Syrische Armee - ihren Krieg unbedingt bis zum Sturz von Assad fortführen wollen - und sich anscheinend dabei der Unterstützung vor allem seitens der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars, aber auch westlicher Staaten, darunter mit zuvörderst der USA, voll gewiss sind.

Zum anderen aber auch die Gelegenheit für die westliche Seite, die russische Position allein dadurch zu diskreditieren, dass ihr unterstellt wird, einzig auf die Machterhaltung des Baath-Regimes ausgerichtet zu sein. Wenngleich russische Politiker während des gesamten bisherigen Krisenverlaufs durchaus kein Hehl aus ihrer Kritik an ihm gemacht haben. So haben sie ihm wiederholt schwere Fehler und Versäumnisse vorgehalten; vor allem den Gewalteininsatz am Beginn der syrischen Aufstandsbewegung wie überdies die wiederholte Zögerlichkeit bei der Durchsetzung zwingend herangereifter Reformen. Viel zu spät sei ebenfalls die Aufnahme eines nationalen Dialogs angeboten worden, während die militärische Konfrontation im Land bereits ihre Eigendynamik angenommen habe. (25) Und sie im Kontext dessen stets auch die Notwendigkeit von Reformen unterstrichen haben. Allerdings mit der Maßgabe, dass die Lösung der innersyrischen Probleme durch die Syrer selbst erfolgt, es keine Einmischung äußerer Mächte gibt, ein friedlicher Weg beschritten wird, ein breiter Dialog zur Herbeiführung ei-

25 Siehe dazu beispielsweise die Meldung von RIANovosti „Lawrow: Assad reagiert mit Verspätung auf Russlands Vorschläge“, in <http://de.rian.ru/politics/20120314/263052161.html>.

nes gesamtnationalen Konsenses über das Herauskommen aus der Krise und die Verwirklichung herangereifter Reformen zustande kommt sowie berücksichtigt wird, dass das herrschende Regime nach wie vor von einem nicht unwesentlichen Teil der Bevölkerung als Garant für die Gewährleistung dessen Rechte und Sicherheit angesehen werde.

Keine Wiederholung des „libyschen Szenarios“

In dem Maße, wie sich vor allem die USA (26) und andere westliche Staaten jedoch darauf konzentrierten, die in Syrien im Rahmen des „Arabischen Frühlings“ entstandene Protestbewegung für die Herbeiführung eines Regime-Change zu nutzen (27) und dafür eine entsprechende UN-Sicherheitsratsresolution auf den Weg zu bringen, sah sich die russische Seite offensichtlich um so mehr dazu gedrängt, dieses Mal die Konfrontation

26 Bezeichnenderweise werden in manchen US-Think-Tanks bereits seit längerem vielerlei Planspiele angestellt, wie das Assad-Regime zu Fall zu bringen ist. So beispielsweise vom Saban Center am Brookings, welches mit seinem Middle East memo #21 vom März 2012 sechs mögliche Optionen in Erwägung gezogen hat. Unter dem Titel „Saving Syria: Assessing Options for Regime Change“ diskutieren die Autoren Daniel Byman, Michael Doran, Kenneth Pollack und Salam Shaikh sechs Optionen für die USA, um Assads Sturz zu erreichen. Darunter sowohl eine Libyen ähnliche Luft-Kampagne, um der Opposition zum Sieg zu verhelfen, als auch einen Einmarsch US-geführter Kräfte, um das Regime direkt zu stürzen. Und schließlich noch als weitere mögliche Option die Teilnahme an einem multilateralen NATO-geführten Angriff zum Sturz Assads.

27 Besonders ins Auge stechend dabei ist die „Doppelmoral“: Zwar im Falle Syriens und Irans Demokratie und Menschenrechte einzufordern, aber sich in anderen Fällen dann darum überhaupt nicht zu scheren. Nämlich, wenn es um eigene Interessenwahrung geht. So wurde die Niederschlagung der Protestbewegung in Bahrain durch königliche Truppen, maßgeblich unterstützt durch saudische Verbände, ohne jedwede Sanktion von westlicher wie vor allem auch von US-Seite hingenommen. Stand für sie doch im Vordergrund, den Stützpunkt ihrer 5. US-Flotte in der bahrainischen Hauptstadt, Manama, in keiner Weise zu gefährden. Ganz zu schweigen davon, dass die engen US-Verbündeten Saudi-Arabien und Katar nun alles andere als Horte von Demokratie und Menschenrechten nach universellen Standards sind. Diese dann aber, wie neueste Exportzahlen von westlichen Rüstungsgütern belegen, exorbitant hochgerüstet werden. Zwar ein sichtlich gutes Geschäft für betreffende Industrien, aber beileibe nicht für die Konfliktminimierung in dieser sensiblen Region.

mit den USA nicht zu scheuen. Also den Fall Syrien, nicht zu einem zweiten Fall Libyen werden zu lassen.

Was aber sollte man eigentlich dagegen einzuwenden haben, wenn sich Russland für eine politische Lösung der Syrien-Krise und ohne jedwede Einmischung von außen ausspricht. Wenn es sich überdies ebenso strikt gegen die westliche Sanktionspolitik wendet und die sich darin widerspiegelnden Doppelstandards in der Sphäre der Menschenrechte und der Rechtshoheit souveräner Staaten für unakzeptabel hält. (28) Man muss doch kein besonderer Freund Russlands sein, um ein solches Herangehen zu goutieren. Nicht nur, dass Krieg und bewaffneter Kampf absolut untaugliche Mittel auch für die Überwindung des innersyrischen Konflikts sind. Auch kann es doch nicht angehen, wenn in westlichen Hauptstädten oder anderswo entschieden wird, wer in Damaskus die politische Macht ausüben soll.

Es kann doch schwerlich etwas dagegen vorgebracht werden, wenn Russland - wie übrigens erneut von Außenminister S.W. Lawrow in einem Interview mit dem TV-Kanal „Sky News Arabia“ vom 18. August 2012 bekräftigt (29)- als seine Leitlinien für das Herangehen an die Syrien-Krise die Prinzipien des Völkerrechts und die Ziele der Charta der Vereinten Nationen definiert. Insbesondere die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Abweisung der Gefahren von Gewalt

28 So beispielsweise in Bezug auf die Anordnung des US-Präsidenten vom 23. April 2012, wonach „Menschenrechtsverstöße unter Einsatz von Telekommunikationstechnologien“ zu bestrafen seien. Aber insbesondere auch auf die EU-Sanktionen gegen Syrien, die als einseitig und kollektiven Anstrengungen widersprechend zurückgewiesen werden. Immerhin hatte die EU zum Zeitpunkt Juli 2012 bereits das 17. Sanktionspaket gegen Syrien verabschiedet.

29 Vollständige Wiedergabe des Interviews auf der offiziellen Website des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Russischen Föderation, abzurufen unter der Adresse www.mid.ru/brp_4.nsf/0/A5A5CC43241A074544257A5E0036546E (russ.)

und von Versuchen, internationale Probleme anders als mit politischen Mitteln zu lösen.

Eine Resolution gegen das Baath-Regime nach Kapitel VII der UN-Charta, wie vor allem von westlicher Seite gewünscht, setzte doch wohl eine Feststellung nach deren Artikel 39 darüber voraus, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung gegeben ist. Hieße zu ignorieren, dass sich ebenfalls die bewaffnete syrische Opposition in zunehmendem Maße der Verletzung von Menschenrechten schuldig macht. Die im medialen Mainstream vorherrschende Tendenz einseitiger Berichterstattung zulasten des Regimes ändert doch an diesem wirklichen Geschehen nichts. Soll es vielmehr doch in erster Linie dazu dienen, in der internationalen Öffentlichkeit psychologisch ein solches Klima zu erzeugen, indem die Unterstützung für die bewaffnete Opposition und unter Umständen auch ein direktes militärisches Eingreifen von außen als drängendes Gebot erscheinen.

Dass sich Russland, wie China, gerade in puncto UN-Sicherheitsratsresolution nach Kapitel VII so konsequent abweisend verhalten, hat erklärtermaßen mit ihren Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Fall Libyen zu tun. Als nämlich beide im März 2011 die Annahme der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 durch ihre Enthaltung verabschieden halfen, wonach es um die Einrichtung einer Flugverbotszone zum Schutze der Zivilbevölkerung gemäß dem Prinzip der Schutzverantwortung (*responsibility to protect* -r2p) (30) gehen sollte. Dann jedoch aber unter NATO-Mitwirkung, dem Einsatz von Bombern, Marschflugkörpern und Kriegsschiffen, zur Unterstüt-

30 Dieses Prinzip wurde von der UN-Vollversammlung 2005 unter dem Eindruck gescheiterter Friedensmissionen in Ruanda und Bosnien zwar bestätigt, ist aber dennoch vor allem auch unter Völkerrechtlern nach wie vor heftig umstritten. Es bekräftigt die Verantwortung eines jeden Staates, seine Bürger vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewahren. Falls eine Regierung dagegen verstößt, soll die internationale Gemeinschaft berechtigt sein, unter Umständen auch mit Waffengewalt einzugreifen. Die Entscheidung darüber indessen obliegt dem UN-Sicherheitsrat.

zung einer der Seiten im Bürgerkrieg ein gewaltsamer Regimewechsel herbeigeführt worden ist. Für den es aber ausdrücklich kein UN-Sicherheitsratsmandat gegeben hat. Mithin also ein Bruch des Völkerrechts erfolgte, der auf dem NATO-Gipfeltreffen in Chicago 2012 dann noch wie zum Hohn als völkerrechtskonform hingestellt worden ist.

Ein zweites Mal aber wollen sich beide nun nicht mehr hinters Licht führen lassen. So hatte der heutige Präsident, Wladimir Putin, in einem von ihm Ende Februar 2012 veröffentlichten Grundsatzartikel unmissverständlich klargestellt, wonach es völlig unzulässig sei, dass sich das ‚libysche Szenario‘ im Falle Syriens wiederhole. Die Weltgemeinschaft solle sich vor allem um eine innere Aussöhnung in diesem Land bemühen. Die Gewalt sollte möglichst schnell unterbunden werden, von wo auch immer sie kommen mag. In Syrien sollte endlich ein nationaler Dialog beginnen – ohne jegliche Vorbedingungen, ohne internationale Intervention und unter Berücksichtigung der Souveränität des Landes“ (31).

Den gleichen Tenor schlug danach auch der russische Außenminister in einem in „The Hufftington Post“ vom 15. Juni 2012 veröffentlichten Artikel an. Und betonte zudem, dass Russland sich entschieden dagegen wende, internationales Recht willkürlich auszulegen. Es werde sich keinesfalls mehr zu unpräzisen und zudem unausgewogen formulierten, sprich sich allein an eine Seite richtende Resolutionen drängen lassen, weil damit der Möglichkeit zu deren Interpretation Tür und Tor geöffnet würde. Zudem ließ er deutlich die Entschlossenheit Russlands erkennen, einen generell anderen Umgang mit solchen Konfliktherden, wie dem in Syrien, erreichen zu wollen. In der Vorstellung von S.W. Lawrow, müsse vielmehr die Löschung von regionalen Brandherden, einschließlich innerstaatlicher Konflikte, mit größter Ernsthaftigkeit erfolgen, ohne die Anwendung doppelter Standards. Jedes Mal den ‚Knüppel der Sankti-

31 Wladimir Putin, Russland und die Welt im Wandel, nachzulesen in deutscher Sprache unter <http://de.rian/opinion/20120227/262782988.html>

onen' zu benutzen, sei ein Weg in die Sackgasse. Alle Seiten innerer Konflikte müssten sicher sein, dass die internationale Gemeinschaft auf der Grundlage fester Prinzipien handeln werde, als einheitliche Front auftretend und nach schnellster Beendigung der Gewalt und nach Erzielung allgemein annehmbarer Regelungen durch einen allumfassenden Dialog strebend. (32)

*Volle Unterstützung für „Annan-Plan“ und
„Genfer Kommuniqué“*

Ausgehend von dem erklärten Grundansatz - strikt jegliche Einmischung von außen abzulehnen, die Beendigung der Gewalt nicht allein vom Regime, sondern auch von der militanten Opposition zu fordern, und auf einen nationalen Dialog unter Einschluss aller am Konflikt beteiligten Seiten zu optieren - begrüßte Russland die Berufung des Ex-UN-Generalsekretärs, Kofi Annan, im März 2012 zum Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga für Syrien. Vor allem auch würdigte es das im Zusammenhang damit am 21. desselben Monats verabschiedete „Präsidentielle Statement“ des UN-Sicherheitsrates als eine Chance für den Frieden, weil es eine strikte Treue zur Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität Syriens auf Grundlage der Prinzipien der UN-Charta bestätigte und „die Möglichkeit für konsolidierte Handlungen der Weltgemeinschaft zum Erzielen einer friedlichen Regelung der Syrien-Krise auf Grundlage eines umfassenden nationalen Dialogs“ (33) eröffne. Dementsprechend versicherte Russland dann auch Annan umgehend seine Rückendeckung für dessen Sechs-Punkte-Plan (34) zur Beendigung der bewaff-

32 Vgl. dazu den bereits im Text angesprochenen Artikel von Außenminister Lawrow in The Hufftington Post, der unter dem Titel „Auf der richtigen Seite der Geschichte“ erschienen ist.

33 Erklärung des russischen Außenamtes vom 22. März 2012, wiedergegeben in <http://de.rian.ru/world/20120322/263133140.html>

34 Dieser Plan sah im Kern vor: die Einstellung des Tötens; der Zugang für humanitäre Hilfsmaßnahmen; die Freilassung von politischen Gefangenen; die

neten Auseinandersetzungen und zur Beförderung eines inner-syrischen Dialogs. Immerhin wurde Kofi Annan im Zeitraum der fünf Monate seiner Mission zweimal zu einem offiziellen Besuch in Moskau empfangen. Noch auf der Pressekonferenz anlässlich seiner zweiten Visite am 16./17. Juli 2012 in Moskau, hatte ihm der russische Außenminister „die uneingeschränkte politische Unterstützung seiner Anstrengungen und des von ihm erarbeiteten Sechs-Punkte-Planes, der eine politisch-diplomatische Regulierung der syrischen Krise vorsieht“ (35) zugesagt. Dabei zugleich noch seine Überzeugung bekräftigend, wonach der Annan-Plan „die einzige lebensfähige Plattform für die Lösung der innersyrischen Probleme“ (36) darstelle. Und zwar gemeinsam mit dem Kommuniqué des Minister-treffens der „Aktionsgruppe für Syrien“ (37) vom 30. Juni 2012 in Genf.

In besagtem Kommuniqué ist vor allem das Bekenntnis festgeschrieben, zu einem „Syrien - gelenkten politischen Prozess, der zu einem Übergang führt, der den legitimen Bestrebungen des syrischen Volkes Rechnung trägt und es dazu befähigt, unabhängig und demokratisch über seine eigene Zukunft zu befinden“. Als Leitlinien dafür sind definiert: eine Zukunftsperspek-

Gewährleistung von Demonstrations- und Bewegungsfreiheit für Journalisten und ausländische Beobachter; die Einleitung eines politischen Dialogs. Er sollte am 12. April 2012 in Kraft treten.

35 Einleitende Bemerkungen des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands, S.W. Lawrow auf der Pressekonferenz zu Fragen der syrischen Regelung anlässlich des Besuches des Sonderbeauftragten der UNO und der Arabischen Liga, Kofi Annan, in Moskau, am 16. Juli 2012. In http://mid.ru/brp_4.nsf/0/C456569AA9267B44257A3D004365B0 (russ.)

36 Ebenda.

37 Teilnehmer dieser so genannten Aktionsgruppe für Syrien waren die Außenminister der 5 UN-Vetomächte sowie der Türkei, Iraks (amtierender Gipfelchef der Arabischen Liga), Kuweits (Vorsitzender des Rates der Arabischen Liga-Außenminister), Katars (Vorsitz des Follow-up Komitees der Arabischen Liga für Syrien) sowie der EU-Hohen Kommissarin Cathrine Ashton. Saudi-Arabien und Iran waren auf US-Betreiben ausdrücklich nicht auf die Einladungsliste gesetzt worden. Genauer gesagt, weil die USA Iran unter keinen Umständen dabei haben wollten, wurde dann auch Saudi-Arabien als quasi Ausgleich dazu nicht berücksichtigt.

tive zu unterbreiten, die für alle in Syrien eine Teilhabe ermöglicht und zu deren Realisierung klar erkennbare Schritte auf der Basis eines exakten Zeitplans zu unternehmen; im Land ein solches Klima zu schaffen, welches Sicherheit für alle, Stabilität und Ruhe gewährleistet; Schluss zu machen mit dem weiteren Blutvergießen und der fortgesetzten Gewalt.

Einerseits bedauernd, dass Annan sein zum 31. August 2012 ausgelaufenes Mandat nicht verlängern wollte, da es ihm nicht gelungen war, die mit seinem Plan gestellten Ziele zu erreichen, gab Moskau andererseits zugleich seiner Hoffnung Ausdruck, dass der neu ernannte Syrien-Sonderbeauftragte, der frühere algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, bei seiner Mission sowohl an dem Annan-Plan als auch an dem „Genfer Kommuniqué“ anknüpfen werde.

Im Verständnis russischer Politik stellen beide Dokumente jene Grundlage dar, auf der eine Syrien-Regelung überhaupt nur herbeizuführen ist. Eben, weil sie die Beendigung der Gewaltanwendung auf allen Seiten fordern und die Entscheidung über die künftige gesellschaftspolitische Entwicklung in Syrien den Syrern selbst - im Wege des Dialogs zwischen der Regierung und allen oppositionellen Gruppen - überlassen. Oder anders ausgedrückt, über alle Fragen, die mit der Reformierung des politischen Systems sowie der Bestimmung der Parameter und Fristen der Übergangsperiode zusammenhängen, sich auf ausschließlich syrischer Ebene zu verständigen. Ebenso wird von russischer Seite die Fortsetzung des inzwischen allerdings eingestellten UNSMIS³⁸-Einsatzes befürwortet, für den ihres Erachtens allerdings vor allem Experten mit Militärausbildung in Frage kommen sollten.

Obzwar auch die anderen drei UN-Veto-Mächte – USA, Großbritannien, Frankreich – wie ebenso die Türkei und am Genfer

38 UNSMIS ist das gemäß UN-SR-Resolutionen 2042 (14. April 2012 zur Autorisierung eines Vorausteams zum Monitoring des Waffenstillstandes in Syrien) und 2043 (21. April 2012 zur Etablierung eines Teams von 300 Beobachtern zum Monitoring) eingesetzte Monitoring-Team unter Leitung des norwegischen Generalmajors Robert Mood.

Treffen der „Aktionsgruppe für Syrien“ teilnehmende arabische Staatenvertreter – den im „Genfer Kommuniqué“ enthaltenen Festlegungen und Prinzipien zugestimmt haben, erscheint ihnen dieses offenkundig dennoch nicht relevant. Nehmen sie stattdessen Zuflucht zu einem doppelbödigen Spiel, um die von ihnen im Zusammenhang mit der Syrien-Krise angestrebten Ziele zu verwirklichen. Wie anders sonst wäre zu verstehen, dass sie sich als eine Art Gegenpart im Rahmen der „Freunde des syrischen Volkes“ (39) versammeln und dort als Hauptlösung erheben: Assad muss weg! Sowie insbesondere immer weiter reichende Unterstützungsmaßnahmen (40) für die militante Opposition und deren bewaffneten Kampf organisieren. Anstatt diese dazu zu ermuntern, die Waffen niederzulegen und sich zum nationalen Dialog bereit zu zeigen.

Zudem noch werden verbale Drohungen gegen Russland und China erhoben, wonach beide für ihr Verhalten ganz bestimmt einen Preis zu zahlen hätten. Gerade so, als ob die Ära des kalten Krieges erneut auflebte und Russland für alle Zeiten das Stigma deren Verlierers anzuhaften hätte. So übrigens geschehen auf der mittlerweile dritten Zusammenkunft der „Freunde des syrischen Volkes“ Anfang Juli 2012 in Paris und bezeichnenderweise nur einige wenige Tage, nachdem sie das „Genfer Kommuniqué“ mit verabschiedet hatten.

Allein Russland – wie auch China – für das Scheitern von Annan verantwortlich machen zu wollen, kann in Anbetracht ei-

39 Diese Sammlung der „Freunde des syrischen Volkes“ war offensichtlich im Februar 2012 auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Sarkozy – bewusst an der UNO vorbei, um die beiden Veto-Mächte Russland und China zu neutralisieren – gebildet worden.

40 Durch vor allem viel Geld, durch Bereitstellung von Logistik und Telekommunikationsausrüstungen, durch Ausstattung mit mehr und immer moderneren Waffen, darunter zur Luftabwehr und zum Panzer brechen, durch das Training von Partisaneneinheiten in Syrien wie im Ausland, durch Einschleusung unterschiedlichster Kombattanten, durch Demoralisierung von Regierungstruppen und Abwerbungsbemühungen vor allem aus dem inneren Zirkel des Regimes oder durch gezielte Kontrolle von Grenzterritorien zum Zwecke der Schaffung so genannter befreiter Zonen bzw. von Puffern oder Korridoren.

nes derartigen doppelbödigen Taktierens doch wohl nur als äußerst unredlich angesehen werden. Vielmehr drängt sich die Frage auf, warum denn dem „Genfer Kommuniqué“ und der darin enthaltenen Orientierung auf eine Syrien - gelenkte politische Lösung überhaupt zugestimmt worden ist, wenn sie ihrerseits doch in Wirklichkeit eher auf die militärische Karte zu setzen beabsichtigen. Wodurch allerdings nicht nur der Bürgerkrieg in Syrien weiter angeheizt wird, sondern dieser - noch mehr als ohnehin schon - über dessen Grenzen hinaus schwappt.

Aber auch eine ausländische Intervention kann wohl - trotz des Fehlens einer stützenden UN-Sicherheitsratsresolution - keinesfalls gänzlich ausgeschlossen werden. (41) Wie auch nicht Versuche, die immer dramatischer werdende Flüchtlingsfrage als Vorwand für die Einrichtung einer Art militärischer „Schutzzone“ zu nutzen.

Nicht umsonst wandte sich der russische Außenminister in seinem bereits zitierten Fernsehinterview mit „Sky News Arabia“ gegen derartige Bestrebungen und bezeichnete sie als Versuch zur Einrichtung von Flugverbotsbereichen durch die Hintertür. Für Russland sei es unannehmbar, „unter dem Vorwand der Bekämpfung einer humanitären Krise Flugsperrzonen bzw. Sicherheitszonen für Militärzwecke einzurichten“. Seines Erachtens verfügte die internationale Gemeinschaft hinsichtlich der Lösung des Problems der syrischen Flüchtlinge über ausreichend bewährte Instrumente und die deshalb auch nur ausschließlich zur Anwendung kommen sollten.

+ + +

Auch wenn man noch so kritisch gegenüber Russland eingestellt sein sollte und dessen Beziehungen mit dem Baath-

41 Worauf zumindest bestimmte Ankündigungen seitens des US-Präsidenten oder auch des israelischen Verteidigungsministers hindeuten, wonach entweder ein eventueller Einsatz von B- und C-Waffen seitens der syrischen Regierungstruppen oder auch deren nicht mehr zu gewährleistende sichere Lagerung durch das Baath-Regime unmittelbares Handeln ihrerseits nach sich zögen.

Regime für mehr als bedenklich hält, so sollte dennoch seine Grundposition im Herangehen an die Syrien-Krise nicht abgewertet werden. Vor allem, weil sie sich auf das Völkerrecht beim Umgang mit innerstaatlichen Konflikten beruft. Und weil es erklärtermaßen darum gehen soll, eine solche politische Lösung herbeizuführen, die den Interessen möglichst aller betroffenen Seiten, einschließlich jener, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht zur Opposition zählen, am ehesten gerecht zu werden vermag. Die Entscheidung darüber, wer in Syrien die politische Macht ausübt und an der Spitze des Staates steht, obliegt allein nur dem syrischen Volk.

Jegliches weitere Anheizen des Bürgerkrieges in Syrien ist ein Spiel mit dem Feuer, das in dieser ohnehin äußerst spannungsgeladenen Region noch umso gefährlicher ist.

Vorrang vor allem anderen müssen deshalb das Schweigen der Waffen und ein Ende des Blutvergießens haben.